

Bezirksamtsvorlage Nr. 381

zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 26.10.2023

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 0175/VI, Beschluss vom 17.03.2022 betrifft:

Wünsche der Bürger:innen am Magdeburger Platz umsetzen

2. Berichterstatter/in:

Bezirksstadträtin Dr. Neumann

3. Beschlussentwurf:

- I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Wünsche der Bürger:innen am Magdeburger Platz umsetzen“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.
- II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Ordnung, Umwelt, Natur, Straßen und Grünflächen beauftragt.
- III. Veröffentlichung: ja
- IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein
 - a) Personalrat: nein
 - b) Frauenvertretung: nein
 - c) Schwerbehindertenvertretung: nein
 - d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

Keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

Keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

Keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

Keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Die Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da lediglich auf ein bereits abgeschlossenes Verfahren verwiesen wird.

10. Mitzeichnung(en):

Keine

Bezirksstadträtin Dr. Neumann

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

Wünsche der Bürger:innen am Magdeburger Platz umsetzen

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 15.12.2022 folgende Anregung an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 0175/VI)

Das Bezirksamt wird gebeten,

- bei den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2022/23 Vorsorge dafür zu treffen, dass die bei der Bürger:innenbeteiligung Magdeburger Platz gewünschten Änderungen umgesetzt werden können,
- gegenüber dem Senat die erforderlichen Mittel anzumelden (z. B. Plätze Programm).

Das Bezirksamt hat am 26.10.2023 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Die Beratungen zum Doppelhaushalt 2022/23 waren im März 2022 bereits abgeschlossen. Das Straßen-und Grünflächenamt benötigte für die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen jedoch keine zusätzlichen Mittel. Die vereinbarten Maßnahmen wurden mit einer Pressemitteilung durch das Beteiligungsbüro veröffentlicht: <https://www.berlin.de/ba-mitte/aktuelles/pressemitteilungen/2022/pressemitteilung.1183615.php>.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V.m. § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Keine

Berlin, den 12.10.2023

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

Bezirksstadträtin Dr. Neumann